

Anforderungen im Bereich des Konsumentenschutzes, der Preisauszeichnung und der Zahlungssysteme umfasste.

5.8.3 Herausforderungen und Ausblick

Förderung der Innovation und Weiterqualifizierung von KMU

Veranstaltungsreihe „Unternehmen Dirigieren – Die Kunst erfolgreicher Unternehmensführung“	
Förderorganisationen:	WIFI und Unternehmerservice-Einrichtungen der WKÖ mit Unterstützung des BMWFW
Zielgruppe:	KMU
Durchführungszeitraum:	2014

Zur Förderung der Weiterqualifizierung von KMU fand im Jahr 2014 eine österreichweite Veranstaltungsreihe zum Thema „Unternehmen Dirigieren – Die Kunst erfolgreicher Unternehmensführung“ statt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stand die Kunst der richtigen Kombination von Fachwissen, unternehmerischem Know-how und sozialen Kompetenzen. Ziel war zudem das Setzen von „Aktivitäts- und Veränderungsimpulsen“ für Investitionen in Innovationen. Insgesamt wurden fünf Veranstaltungen mit rund 800 Teilnehmer/-innen durchgeführt.

Daneben erfolgte Bewusstseinsbildung im Rahmen von Veranstaltungen zur Europäischen KMU-Woche¹⁹, für die auch eine Neuauflage der Infobroschüre "Hot Spot KMU" (Auflage: 5.000 Stück) erstellt wurde.

5.9 Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie

Durch Klimawandel und die Energieknappheit sind KMU gefordert, sich anzupassen und auf nachhaltige Produktions- und Geschäftsmodelle umzustellen. Der 9. Grundsatz des SBA formuliert darauf basierend das Ziel, „KMU in die Lage zu versetzen, Umweltprobleme in Geschäftschancen umzuwandeln.“ Die Mitgliedstaaten sollen mit mehr Informationen, Vermittlung von einschlägigem Fachwissen und finanziellen Anreizen dafür sorgen, dass KMU die Chancen, die sich durch neue ökologische Märkte bieten, voll wahrnehmen können. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.9.1 Österreich im europäischen Vergleich

Beim Grundsatz „Umwelt“ erzielt Österreich erneut ein überdurchschnittlich positives Gesamtergebnis. 43 % der österreichischen KMU bieten grüne Produkte oder Dienstleistungen an, während innerhalb der Mitgliedstaaten der Anteil bei durchschnittlich 26 % liegt. Zwischen 2012 und 2013 ist dieser Anteil in Österreich zudem deutlich gestiegen (von 35 % auf 43 %). Auch profitieren heimische KMU häufiger von staatlichen Fördermaßnahmen für Projekte im Bereich Ressourceneffizienz oder für die Erstellung grüner Produkte. Der Anteil an KMU, die von Förderungen für grüne Produkte profitieren, hat sich zwischen 2012 und 2013 von 9 % auf 28 % erhöht und liegt damit weiterhin über dem EU-Durchschnitt von 26 %. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.9.2 Aktuelle Situation

KMU sind häufig in lokale Strukturen eingebunden und engagieren sich in ihrem täglichen unternehmerischen Alltag für ihre Mitarbeiter/-innen, Kund/-innen und ihre Umwelt. Sie sind damit im Bereich Corporate Social Responsibility (CSR) aktiv, wenngleich sie ihre CSR-Aktivitäten im Vergleich zu Großunternehmen meist weniger strategisch planen und auch seltener gezielt für Marketingkonzepte nutzen.

Die Organisation respACT – „austrian business council for sustainable development“ ist die führende Unternehmensplattform für CSR und nachhaltige Entwicklung in Österreich. Von den insgesamt rund 260 Mitgliedsunternehmen der Organisation zählen über 66 % zu den KMU. In weiterer Folge werden Maßnahmen von respACT zur Förderung von CSR in KMU angeführt.

KMU-Leitfaden: In 6 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht	
Förderorganisationen:	BMLFUW in Kooperation mit der WKO, respACT
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	Dezember 2013

Mit dem im Dezember 2013 eingeführten KMU-Leitfaden „In 6 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht“ wird Entscheidungsträger/-innen und Geschäftsführer/-innen von KMU eine praktische Hilfestellung beim Verfassen von Nachhaltigkeitsberichten nach der internationalen Richtlinie der Global Reporting Initiative (GRI) – G4 zur Verfügung gestellt. Der Leitfaden kann auf der Website von respACT (Austrian Business Council for Sustainable Development) heruntergeladen werden (<https://www.respact.at/kmu-leitfaden-nhb>).

5.9.3 Herausforderungen und Ausblick

Förderoffensive für die thermische Sanierung	
Förderorganisationen:	BMWFW, BMLFUW
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt	2011, neue Offensive seit 3.3.2014

Die im Jahr 2011 erstmals durchgeführte Sanierungsoffensive wird auch im Jahr 2014 fortgeführt. Die gemeinsame Förderaktion startete am 3.3.2014 (www.sanierungsscheck2014.at). 2014 stehen gemäß Budgetfahrplan wieder 100 Mio. € zur Verfügung. Im Rahmen der Aktion des Jahres 2013 wurden 24.028 Projekte genehmigt. Für die Sanierung von Häusern und Wohnungen konnten bis zu 9.300 € abgerufen werden. Dabei ist die durchschnittliche Förderhöhe um 42 % von 3.460 € im Jahr 2012 auf 4.900 € im Jahr 2013 angestiegen.

5.10 Internationalisierung

KMU sind von Handelshemmrisiken stärker betroffen, da sie häufig begrenzte Mittel besitzen, um die mit internationalem Handel verbundenen Risiken aufzufangen. Damit auch KMU vom Wachstum internationaler Märkte stärker profitieren können, werden die Mitgliedstaaten im Grundsatz „Internationalisierung“ dazu angehalten, den KMU entsprechende marktspezifische Förderungen und Unternehmerschulungen anzubieten. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.10.1 Österreich im europäischen Vergleich

Österreichische KMU zählen nicht nur beim Handel im EU-Binnenmarkt zu den Spitzenreitern, sondern handeln auch überdurchschnittlich häufig mit Drittländern. 15 % der KMU (im verarbeitenden Gewerbe) exportieren in Drittländer (EU-Durchschnitt: 10 %) und 16 % importieren aus Drittländern (EU-Durchschnitt: 8 %). Die Rahmenbedingungen für den internationalen Handel sind für österreichische Unternehmen vergleichsweise günstig: der zeitliche Aufwand wie auch die Anzahl der erforderlichen Unterlagen für Ein- und Ausfuhren sind geringer als in den meisten anderen Mitgliedstaaten. Die Kosten für Exporte und Importe liegen währenddessen geringfügig über dem EU-Mittel. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.10.2 Aktuelle Situation

Internationalisierung stellt einen auch im Regierungsprogramm 2013-2018 verankerten Schwerpunkt dar. Die Erhöhung der Zahl der Exporteure von 45.000 auf 55.000 ist explizit als Ziel festgeschrieben. Für die Jahre 2013 und 2014 stellt der Bund ein Budget von insgesamt rund 35 Mio. € für die Förderung der Internationalisierung bereit.

go-international	
Förderorganisationen:	BMWFW in Zusammenarbeit mit der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	2003
Förderlaufzeit:	1.4.2013-31.3.2015 (aktuelle Förderperiode)

Ein zentrales Element der Internationalisierungsförderung des Bundes ist das 2003 gestartete „go-international“-Programm (<http://www.go-international.at>). Es bietet 36 einzelne Förderinstrumente an. Für die Jahre 2013 und 2014 stehen 31 Mio. € für das Programm zur Verfügung. Strategisches Ziel von "go international" ist es, den österreichischen Platz unter den Top 5-Pro-Kopf-Exporteuren der EU-Mitgliedstaaten abzusichern. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Erschließung neuer Märkte mit neuen Produkten und Dienstleistungen. Dadurch kann Österreich vom Wachstumspotenzial von Zukunftsmärkten profitieren und wird unabhängiger von Krisen in einzelnen Regionen. Der Anteil der Fernmärkte (z.B. BRICS-Staaten, Nordafrika und Arabischer Raum, Kaukasus und Zentralasien) am Exportvolumen

soll daher weiter gesteigert werden, ohne aber die traditionellen Märkte zu vernachlässigen.

5.10.3 Herausforderungen und Ausblick

go-international	
Förderorganisationen:	BMWFW in Zusammenarbeit mit der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	2003
Förderlaufzeit:	1.4.2013-31.3.2015 (aktuelle Förderperiode)

Im Rahmen der Exportoffensive go-international werden bis Ende der Förderperiode (31.3.2015) Pro-Kopf-Exporte von 14.900 € angestrebt, eine Exportquote von 57,5 % und ein Anteil der Exporte in Länder außerhalb der EU an den Gesamtexporten von 32,5 %. Auch den verschiedenen Clustern von go-international lassen sich jeweils Förderziele bis Ende März 2015 zuordnen, darunter etwa:

- "How to do business abroad" (Budget über 2 Jahre: 7,3 Mio. €): Ziel des Clusters ist es, österreichische KMU zum Export insbesondere in Nachbarmärkte zu motivieren sowie qualifizierte KMU (Nischenweltmeister) verstärkt an Fernmärkte heranzuführen und damit den Internationalisierungsgrad weiter zu erhöhen. Bis Ende März 2015 sollen insgesamt 4.000 neue Exporteure gewonnen werden.
- Mit dem Cluster „Strengthen Strengths“ (Budget über 2 Jahre: 13,4 Mio. €) sollen bereits exportierende Unternehmen in neue (Wachstums-)Märkte eingeführt werden. Ziel ist es, 4.000 österreichischen Exporteuren durch Branchenveranstaltungen, Kongresse und Messen neue Märkte zu eröffnen.
- Das Ziel des Clusters „Exporting Know-how“ (Budget über 2 Jahre: 5 Mio. €) ist es, Österreich als Anbieter Know-how intensiver Produkte und Dienstleistungen zu etablieren und bis Ende der Förderperiode 1.000 österreichische Dienstleistungsunternehmen auf Auslandsmärkte zu begleiten.

aws tec4market	
Förderorganisationen:	aws, Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung
Zielgruppe:	KMU vorzugsweise aus dem Bereich Gebäudetechnologie
Einführungszeitpunkt:	2014

aws tec4market ist ein Programm zur Technologie-Internationalisierung für KMU. Gefördert werden österreichische KMU, vorzugsweise aus dem Bereich Gebäudetechnologie mit den Förderungsschwerpunkten Schutzrechte, Studien und Demonstrationsvorhaben. Dabei können etwa Kosten für externe Berater/-innen, materielle und immaterielle Investitionskosten oder Kosten für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit einem Zuschuss von bis zu 50 % gefördert werden. Ziel des Programms ist ein verstärkter internationaler Markteintritt österreichischer Technologieunternehmen.

6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

99,6 Prozent aller österreichischen Unternehmen zählen zu den KMU und damit zu jenen rund 314.000 kleinen und mittleren Betrieben, die den überwiegenden Anteil der Arbeitsplätze und der Bruttowertschöpfung in Österreich schaffen. Zwei Drittel der Beschäftigten und rund 60 Prozent der Umsatzerlöse und der Bruttowertschöpfung sind auf KMU zurückzuführen. Über die vergangenen Jahre entwickelten sich die österreichischen kleinen und mittleren Betriebe sowohl im EU-Vergleich als auch gegenüber den Großunternehmen dynamischer. Die kleinen und mittleren Betriebe konnten damit zur selbst in Krisenzeiten europaweit niedrigsten Arbeitslosigkeit Österreichs beitragen und waren durch ihr starkes Engagement im Bereich der Lehrlingsausbildung auch für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit mitverantwortlich.

Damit die österreichischen KMU auch zukünftig ihre zentralen Funktionen innerhalb der Wirtschaft und Gesellschaft erfüllen können, wurde in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Maßnahmen zu ihrer Förderung und Entlastung ergriffen.

Auf europäischer Ebene wird die Umsetzung der politischen Leitinitiative zur Förderung von KMU anhand der zehn Grundsätze des „Small Business Acts“ (SBA) jährlich evaluiert. Die aktuelle Leistungsüberprüfung der Europäischen Kommission stellt Österreich und den heimischen KMU ein sehr gutes Zeugnis aus. Bei vielen Indikatoren übertrifft Österreich den EU-Durchschnitt und weist damit eines der wettbewerbsfähigsten SBA-Profile innerhalb Europas auf. Im Vergleich zur Leistungsüberprüfung aus dem Jahr 2010/11, die für den Mittelstandsbericht 2012 herangezogen wurde, konnte Österreich seine Stellung in allen Bereichen halten oder verbessern. Verbesserungen wurden insbesondere in den Bereichen „Zweite Chance“, „Finanzierung“ sowie „Binnenmarkt“ erzielt.

So wurde das wichtige Prinzip „Vorfahrt für KMU“ bzw. „Think small first“ mit der seit 2013 verfassungsrechtlich verankerten Folgenabschätzung von staatlichen Maßnahmen inklusive „KMU-Test“ umgesetzt. Mit der Exportoffensive „go international“ und einem verbesserten Zugang von KMU zu Normen wurden zudem wesentliche Maßnahmen gesetzt, um heimische

KMU besser in den EU-Binnenmarkt zu integrieren und sie beim Export in stärker wachsende Drittländer zu unterstützen. Daher übertrifft Österreich sowohl beim Grundsatz „Binnenmarkt“ als auch beim Grundsatz „Internationalisierung“ den EU-Durchschnitt.

Mit der Implementierung der „Innovationsfördernden Öffentlichen Beschaffung“ (IÖB) Ende 2012 und der Verankerung der KMU-Strategie der Bundesbeschaffung GmbH in einem 2013 eingeführten Beschaffungshandbuch kann Österreich sich auch beim Grundsatz „Politische Instrumente – KMU gerecht“ weiterhin besser als die meisten EU-Staaten platzieren. Dennoch zeigt sich, dass KMU im Vergleich zu ihrer relativen Bedeutung im öffentlichen Beschaffungswesen noch unterrepräsentiert sind, sodass auch zukünftig Anstrengungen notwendig sind, um die öffentlichen Aufträge für KMU leichter zugänglich zu machen. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung ist die Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung um zwei Jahre bis Ende 2016. Damit wird die regionale Beschaffung gestärkt.

Der einzige Grundsatz, bei dem sich Österreich nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt platziert, ist der Bereich „Öffentliche Verwaltung“ bzw. sind die administrativen Anforderungen an Unternehmen. Daher hat das Wirtschaftsministerium im August 2014 eine Entbürokratisierungs-Offensive gestartet, an der sich zahlreiche Betriebe mit ihren Anliegen beteiligt haben. Erste Verbesserungen im Bereich des Wirtschaftsministeriums wurden bereits erreicht, indem bisher verpflichtende Beauftragte wegfallen und überschießende Regelungen bei Eichvorschriften gestrichen wurden. Zudem wurden im Bereich der Arbeitszeitaufzeichnungen sowie im Arbeitnehmer- schutz Erleichterungen für Arbeitgeber/-innen vorgenommen und gleichzeitig das Recht der Arbeitnehmer/-innen bei der Einschau verbessert. Darüber hinaus wurden durch zwei Verordnungs-Novellen bis zu 5.500 Unternehmen von statistischen Meldepflichten entlastet.

Als weitere Maßnahme soll ein neues zentrales, und österreichweit einheitliches Register, das "Gewerbeinformationssystem Austria - GISA", die bisherige Gewerberegistersystematik, die aus 14 dezentralen Registern und dem zentralen Gewerberegister besteht, ablösen.

GISA wird eine bundeseinheitliche Datenführung bringen und auch e-government-Funktionen für die Unternehmen anbieten sowie für die Gewerbeverfahren im Berufszugangsrecht bundesweit Standards schaffen, durch die die Gewerbeprozesse vereinheitlicht und vereinfacht werden. Damit wird bundesweit die Möglichkeit bestehen, Gewerbeanmeldungen und weitere Anzeigen (zB Standortverlegungen, Geschäftsführerbestellungen, Eröffnung weiterer Betriebsstätten) nach einheitlichem Standard elektronisch einzu-bringen.

Das Wirtschaftsministerium bereitet gerade eine Gewerberechtsnovelle vor, mit der die rechtliche Grundlage zur Errichtung von GISA und die Ablöse der bestehenden Gewerberegistersystematik geschaffen wird; diese Novelle soll bereits Ende März 2015 gleichzeitig mit der Umstellung auf GISA in Kraft treten.

Zusätzliche Verbesserungen bringt die neue Gründerprivilegierung im Rahmen der GmbH-Novelle. Für weitere Vereinfachungen sorgen laufende Verbesserungen im Bereich der elektronischen Behördendienste und der Schaffung von „One-Stop-Shops“ sowie das Entbürokratisierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung.

Deregulierungsmaßnahmen im Bereich der Öffentlichen Verwaltung müssen auch in Zukunft vorangetrieben werden. Das belegt auch die SBA-Leistungsüberprüfung für Österreich. Vor dem Hintergrund der immer wieder geäußerten Kritik am österreichischen Verwaltungssystem wird daraus aber auch ein erfreulicher Aspekt deutlich: die heimischen Unternehmer/-innen sind mit der Rechtssicherheit aufgrund eines stabileren Rechtsrahmens weit zufriedener als ihre europäische Kolleg/-innen und auch die Komplexität der Verwaltungsverfahren in Österreich sehen weit weniger Unternehmer/-innen als Problem an als im EU-Durchschnitt.

Auffallend ist auch, dass Österreich bei der Umsetzung des Grundsatzes "unternehmerische Initiative" beim regulatorischen Umfeld zwar gut unterwegs ist. Aufholbedarf besteht hier dafür aber, was die Absicht betrifft, selbst ein Unternehmen zu gründen oder die Einstellung Unternehmen gegenüber. Insgesamt wird das unternehmerische Umfeld als KMU-freundlich eingestuft, wenn es aber darum geht, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen, sind die Österreicher/-innen seltener geneigt, dieses Risiko auf sich zu nehmen. Nur 46 Prozent halten Unternehmertum für einen erstrebenswerten Karriereweg. Auch wenn die attraktiven Beschäftigungsmöglichkei-

ten in bestehenden Unternehmen sicherlich auch dazu beitragen, fällt der Abstand von elf Prozentpunkten zum EU-Durchschnitt doch recht deutlich aus.

Auch im Bereich der "Zweiten Chance" für redlich gescheiterte Unternehmern/-innen liegt Österreich aufgrund der kurzen Dauer und der rückläufigen Kosten für eine Unternehmensschließung in Österreich sowie der gelockerten Ausschlusskriterien für aws Förderungen, die einen rascheren Neustart ermöglichen, beim rechtlichen Umfeld besser als die meisten EU-Staaten, allerdings finden gescheiterte Unternehmen in Österreich weniger Rückhalt in der Bevölkerung als im EU-Durchschnitt.

Demnach zeigt sich, dass in Österreich vor allem bei der Förderung des Unternehmergeistes angesetzt werden sollte. Die in der Vergangenheit gestarteten Initiativen, die schon bei der jungen Bevölkerung ansetzen und unternehmerisches Denken und Selbstständigkeit gezielt fördern, gehen hier in die richtige Richtung: So wurde Entrepreneurship Education in den Lehrplänen von Berufsbildenden Schulen verankert und mit „EureProjekte“ werden im Rahmen der Österreichischen Jugendstrategie junge Menschen finanziell bei der Realisierung ihrer Ideen und Projekte unterstützt und damit deren Eigeninitiative gefördert. Mit dem „Entrepreneurial Skills Pass“ soll es erstmals ein internationales Gütesiegel geben, das praktische und theoretische unternehmerische Kompetenzen zertifiziert und selbständiges Arbeiten fördert.

Nachdem Maßnahmen im Bereich der Bewusstseinsbildung langfristig wirksam werden, sollten die Bemühungen in diesem Bereich weiter forciert und möglichst breit aufgestellt werden.

Obwohl es keine Kreditklemme gibt, bleibt die Unternehmensfinanzierung eine Herausforderung für die österreichischen KMU. Die Kreditbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren aufgrund der konjunkturell angespannten Lage und veränderten Rahmenbedingungen (Basel II, III) verschärft und insbesondere im Bereich der Risikokapitalfinanzierung gibt es Versorgungslücken. Da sich die Finanzierungssituation für KMU in Österreich jedoch deutlich besser darstellt, als in vielen anderen EU-Staaten, kann Österreich bei diesem Grundsatz den EU-Durchschnitt übertreffen. Die umfassenden, auf den KMU-Bereich abgestimmten Förderangebote der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) sowie der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank GmbH (ÖHT) für den Tourismus leisten hierzu einen wesentli-

chen Beitrag. Mit dem aws Gründerfonds und dem aws Business Angel Fonds wurden zudem im Jahr 2013 zwei wichtige Initiativen umgesetzt, um die Risikokapitalfinanzierung zu erleichtern. Dennoch hat Österreich in diesem Teilbereich des Zugangs zu Finanzierung von KMU noch Luft nach oben. Daher laufen zusätzliche Anstrengungen, um die Rahmenbedingungen beim Zugang zum Kapitalmarkt für KMU weiter zu verbessern. Die Zuschussförderung für die Erstellung von Kapitalmarktprospekten ist bereits ein erster wertvoller Schritt in diese Richtung.

Herausragend platzieren konnte sich Österreich erneut beim Grundsatz „Weiterqualifizierung und Innovation“. Die heimischen KMU sind im EU-Vergleich überdurchschnittlich innovativ, beteiligen sich häufiger an Innovationskooperationen und engagieren sich stärker im Bereich der Fortbildung ihrer Mitarbeiter/-innen. Mit neun von zehn Unternehmen, die ihren Mitarbeiter/-innen Weiterbildungsangebote anbieten, liegen sie deutlich über dem EU-Durchschnitt von 66 Prozent und bilden damit eine tragende Säule beim Erhalt der hohen Qualität der Arbeitskräfte in Österreich. Maßnahmen, die KMU bei ihren Innovationsaktivitäten unterstützen, werden in Österreich insbesondere durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) angeboten – etwa durch ein spezielles „KMU-Paket“ oder den „Kooperationsbonus“, der seit 2013 die Zusammenarbeit etablierter Technologieunternehmen mit Start-ups fördert. Trotz der überdurchschnittlich guten Performance in diesem Bereich, zählt Österreich gemäß dem „Innovation Union Scoreboard“ der Europäischen Kommission weiterhin zu den sogenannten „Innovation Followern“. Ein wichtiges Ziel der Bundesregierung bleibt es daher, die Rahmenbedingungen zur Schaffung von Innovationen weiter zu verbessern, um zur Gruppe der „Innovation Leader“ aufzusteigen.

Besonders erwähnenswert ist, dass nicht zuletzt aufgrund eines Berichts von Deutschland und Österreich im Rahmen des Treffens der KMU-Botschafter die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel als zentrale Themenbereiche in den Fokus der Europäischen Kommission gerückt wurden. "Training & Skills" wird als neuer fünfter Schwerpunkt in den SBA aufgenommen werden. Obwohl Österreich bereits eine Vorreiterrolle einnimmt, muss die duale Ausbildung weiterentwickelt und noch attraktiver werden. Größte Herausforderung ist der demographische Wandel. Obwohl sich nach wie vor rund 40 Prozent eines Altersjahrgangs für eine Lehre entscheiden, sinkt die Zahl der Lehrlinge aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge. Daher müssen neue Zielgruppen erschlossen und muss die Erfolgs-

quote der Ausbildung verbessert werden etwa mit dem Pilotprogramm „Coaching und Beratung für Lehrlinge und Lehrbetriebe“, das nun österreichweit implementiert wird, oder der verstärkten Verankerung des Modells „Lehre und Matura“ im System der dualen Ausbildung. Ein weiterer wichtiger Reformpunkt ist der Ausbau der Berufs- und Bildungsorientierung in der Sekundarstufe I. Zusätzlich zur Erweiterung des Angebots der Berufsinformationszentren in den vergangenen Jahren soll das Thema in den Lehrplänen stärker verankert werden.

Eine Herausforderung, mit der sich österreichische KMU in naher Zukunft auseinandersetzen sollten, ist die frühzeitige Planung der Unternehmensübergabe. Dies ist umso wichtiger als in den nächsten zehn Jahren nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung ein großer Teil - immerhin mehr als ein Viertel - der KMU zur Übergabe anstehen. Die Sicherung des Fortbestands erfolgreicher Unternehmen durch Unternehmensübernahmen wird damit auch aus volkswirtschaftlicher Sicht immer wichtiger werden. Maßnahmen zur Unterstützung der KMU sollten daher auch in diesem Bereich ergriffen werden. Der Unternehmenswertratgeber als hilfreiches Tool für potenzielle Übergeber/-innen für eine erste Orientierung über den möglichen Marktwert seines Unternehmens und als Hilfestellung zu dessen Steigerung, ist bereits seit Juni 2014 online. Hier sollte aber in Zukunft noch mehr Bewusstseinsbildung betrieben werden, um Unternehmensübergaben frühzeitig einzuleiten, damit diese letzten Endes auch erfolgreich verlaufen.

Insgesamt zeigt sich, dass die heimischen kleinen und mittleren Betriebe gut aufgestellt sind und sich auch in schwierigen konjunkturellen Zeiten vergleichsweise dynamisch entwickeln konnten. Das unternehmerische Umfeld und die österreichischen KMU sind im internationalen Vergleich als besonders wettbewerbsfähig einzustufen. Die offenen Handlungsfelder sollten beständig aufgearbeitet werden, um den KMU auch weiterhin ein Umfeld bieten zu können, in dem sich unternehmerische Initiative lohnt und in dem sie die Möglichkeit haben, ihrer wesentlichen Rolle für die österreichische Wirtschaft gerne nachzukommen.

7 Anhang

7.1 Nationale statistische Daten

7.1.1 Unternehmen und Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft

Im vorliegenden Kapitel werden die Daten der Beschäftigungsstatistik 2013 der WKÖ gegliedert nach Sektoren sowie Unternehmensgrößen dargestellt. In dieser Statistik ist ausschließlich die gewerbliche Wirtschaft²⁰ umfasst. Eine Vergleichbarkeit mit den in Kapitel 1 angeführten Werten der Statistik Austria zur marktorientierten Wirtschaft ist nicht gegeben, da letztere auch die freien Berufe und das Veterinärwesen inkludieren. Zudem fließen in die Beschäftigungsstatistik alle Unternehmen ohne Umsatzschwelle von 10.000 € pro Jahr (wie in der Leistungs- und Strukturstatistik von Statistik Austria) ein.

Die nachfolgenden Darstellungen sind nach Sparten gemäß der Systematik der WKÖ gegliedert, wobei die Unternehmen nach ihrem Tätigkeitsschwerpunkt den jeweiligen Sparten zugeordnet sind. Die Abgrenzung der KMU wird mittels der Beschäftigten-Größenklassen, welche sich auf die unselbstständig Beschäftigten per Jahresende 2013 und nicht, wie in der Definition der Europäischen Kommission (siehe hierzu auch Kapitel 7.2 Definitionen), auf die Beschäftigten insgesamt (inkl. Selbstständige) beziehen, vorgenommen.

7.1.2 Struktur nach Größenklassen

Zum Jahresende 2013 zählten insgesamt rund 404.900 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu den KMU, was einem Anteil von 99,7 % an allen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft entspricht. Rund 1,4 Mio. Beschäftigte bzw. rund 61 % aller Arbeitnehmer/-innen waren in österreichischen KMU tätig.

Eine Differenzierung nach Größenklassen macht deutlich, dass der Großteil der Betriebe klein strukturiert ist. Rund 92 % der Unternehmen beschäftigten weniger als zehn Mitarbeiter/-innen.

Innerhalb der KMU war die Mehrheit der Beschäftigten in Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Mitarbeitern und in Mittelbetrieben mit 50 bis 249 Mitarbeitern (jeweils rund 23 %) tätig. Rund 40 % der Arbeitnehmer/-innen arbeiteten in einem Großbetrieb.

Tabelle 44 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		Unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	374.378	92,2	343.165	15,3
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	25.537	6,3	508.631	22,7
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	4.997	1,2	504.989	22,5
KMU insgesamt	404.912	99,7	1.356.785	60,5
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	1.088	0,3	886.637	39,5
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	406.000	100,0	2.243.422	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

7.1.3 Sektorale Struktur nach Größenklassen

Das Gewerbe und Handwerk stellte 2013 die größte Sparte dar. Mehr als drei von zehn Betrieben und über ein Drittel der Beschäftigten waren Ende 2013 diesem Sektor zuzurechnen. Der zweitgrößte Wirtschaftsbereich war der Handel, zu dem knapp ein Viertel der Unternehmen und ein Fünftel der Arbeitnehmer/-innen zählten. Information und Consulting folgte an dritter Stelle, was die Zahl der Unternehmen betraf, mit rund 19 % aller Unternehmen, gefolgt von Tourismus und Freizeitwirtschaft mit einem Anteil von rund 17 % der Unternehmen. Die Tourismus und Freizeitwirtschaft beschäftigte währenddessen einen höheren Anteil an den Mitarbeiter/-innen in KMU (rund 18 %) als die Sparte Information und Consulting (rund 10 %).

Die größten Unternehmen – gemessen an der durchschnittlichen Zahl ihrer Mitarbeiter/-innen – finden sich bei den Banken und Versicherungen sowie in der Industrie. Die Anzahl der Arbeitnehmer/-innen betrug bei den Banken und Versicherungen im Jahr 2013 durchschnittlich rund 34 und in der Industrie durchschnittlich rund 16 unselbstständig Beschäftigte. Am kleinsten strukturiert war die Sparte Information und Consulting, diese beschäftigte im Jahr 2013 durchschnittlich rund 2 unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen.

Tabelle 45 Anzahl der KMU und unselbstständig Beschäftigten in KMU der gewerblichen Wirtschaft sowie durchschnittliche Unternehmensgröße nach Sparten per 31. 12. 2013

	KMU		unselbstständig Beschäftigte in KMU		Ø Unternehmensgröße ¹
	absolut	Aufgliederung in %	absolut	Aufgliederung in %	
Gewerbe und Handwerk	127.298	31,4	457.371	33,7	3,6
Industrie	7.768	1,9	126.720	9,3	16,3
Handel	99.975	24,7	273.602	20,2	2,7
Bank und Versicherung	950	0,2	32.543	2,4	34,3
Transport und Verkehr	22.244	5,5	93.870	6,9	4,2
Tourismus und Freizeitwirtschaft	68.047	16,8	238.507	17,6	3,5
Information und Consulting	78.630	19,4	134.172	9,9	1,7
Gewerbliche Wirtschaft insgesamt	404.912	100,0	1.356.785	100,0	3,4

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Gewerbe und Handwerk

Von den insgesamt rund 127.500 Unternehmen des Gewerbe und Handwerks waren 2013 rund 127.300 Unternehmen bzw. 99,8 % den KMU zuzuordnen. Diese beschäftigten mit rund 457.400 Arbeitnehmer/-innen mehr als 77 % aller unselbstständig Beschäftigten in diesem Wirtschaftssektor.

Tabelle 46 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Gewerbe und Handwerk nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		Unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	116.330	91,2	124.940	21,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	9.475	7,4	186.995	31,6
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	1.493	1,2	145.436	24,5
KMU insgesamt	127.298	99,8	457.371	77,2
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	210	0,2	135.088	22,8
Gewerbe und Handwerk	127.508	100,0	592.459	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Industrie

Im Bereich der Industrie gab es Ende 2013 rund 7.800 KMU. Diese beschäftigten etwa 126.800 Mitarbeiter/-innen, was einem Anteil von 94,9 % aller Unternehmen sowie annähernd einem Drittel aller Beschäftigten der Industrie entsprach. Eine vergleichsweise große Bedeutung kommt innerhalb der Industrie den Großbetrieben zu. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten in der Industrie arbeiteten 2013 in einem Großbetrieb.

Tabelle 47 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Industrie nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	6.026	73,6	4.386	1,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	904	11,0	22.465	5,4
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	838	10,2	99.869	24,0
KMU insgesamt	7.768	94,9	126.820	30,4
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	419	5,1	289.953	69,6
Industrie	8.187	100,0	416.673	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Handel

In der Sparte Handel gab es zu Jahresende 2013 rund 100.200 Betriebe, von denen 99,8 % bzw. rund 100.000 zu den KMU gehörten. Diese beschäftigten mehr als die Hälfte aller Mitarbeiter/-innen dieser Sparte (56,8 %) bzw. rund 273.600 unselbstständig Beschäftigte.

Tabelle 48 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Handel nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	93.665	93,5	78.048	16,2
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	5.399	5,4	106.002	22,0
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	911	0,9	89.552	18,6
KMU insgesamt	99.975	99,8	273.602	56,8
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	188	0,2	208.383	43,2
Handel	100.163	100,0	481.985	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Bank und Versicherung

Ende 2013 waren bei den Banken und Versicherungen rund 1.020 Unternehmen bzw. knapp 93 % den KMU zuzurechnen. Diese beschäftigten rund 32.500 Mitarbeiter/-innen, was einem Anteil von rund 31 % an allen Mitarbeitern/-innen in diesem Wirtschaftsbereich entsprach.

Rund 30 % der Banken und Versicherungen gehörten zur Gruppe der Kleinunternehmen (bis 9 Beschäftigte). In den anderen betrachteten Sektoren findet sich die Mehrheit der Unternehmen in dieser Unternehmensgrößenklasse, während in der Sparte der Banken und Versicherungen der größte Anteil (rund 42 %) im Bereich der Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeitern/-innen zu finden ist.

Tabelle 49 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Bank und Versicherung nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	313	30,7	933	0,9
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	430	42,2	10.449	9,9
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	207	20,3	21.161	20,0
KMU insgesamt	950	93,3	32.543	30,8
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	68	6,7	73.070	69,2
Bank und Versicherung	1.018	100,0	105.613	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Transport und Verkehr

Zu Jahresende 2013 zählten rund 22.200 Betriebe innerhalb der Sparte Transport und Verkehr zu den KMU. Dies entsprach rund 99,7 % aller Unternehmen. Die KMU boten rund 48 % aller Mitarbeiter/-innen einen Arbeitsplatz.

Tabelle 50 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Transport und Verkehr nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	19.981	89,5	22.288	11,5
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	1.906	8,5	38.075	19,6
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	357	1,6	33.507	17,3
KMU insgesamt	22.244	99,7	93.870	48,4
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	70	0,3	100.273	51,6
Transport und Verkehr	22.314	100,0	194.143	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Tourismus und Freizeitwirtschaft

Ende des Jahres 2013 zählten 99,9 % bzw. rund 68.000 Betriebe der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft zu den KMU. Rund 238.500 Beschäftigte waren in KMU tätig, die rund 89 % aller Mitarbeiter in diesem Wirtschaftsbereich ausmachten. Ein Vergleich mit den übrigen Sparten zeigt, dass in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft der höchste Anteil an Mitarbeitern, die in einem KMU arbeiten, zu finden ist.

Tabelle 51 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	62.384	91,6	72.793	27,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	4.940	7,3	95.383	35,5
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	723	1,1	70.331	26,2
KMU insgesamt	68.047	99,9	238.507	88,9
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	65	0,1	29.852	11,1
Tourismus und Freizeitwirtschaft	68.112	100,0	268.359	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

Information und Consulting

Die insgesamt rund 78.600 KMU der Sparte Information und Consulting beschäftigten zum Jahresende 2013 etwa 134.200 Mitarbeiter. Beinahe alle Unternehmen (99,9 %) dieses Wirtschaftsbereiches waren KMU, welche auch rund 73 % aller Arbeitnehmer der Information und Consulting beschäftigten.

Tabelle 52 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Information und Consulting nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	75.679	96,2	39.777	21,6
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	2.483	3,2	49.262	26,7
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	468	0,6	45.133	24,5
KMU insgesamt	78.630	99,9	134.172	72,8
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	68	0,1	50.018	27,2
Information und Consulting	78.698	100,0	184.190	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

7.1.4 Gründungsgeschehen

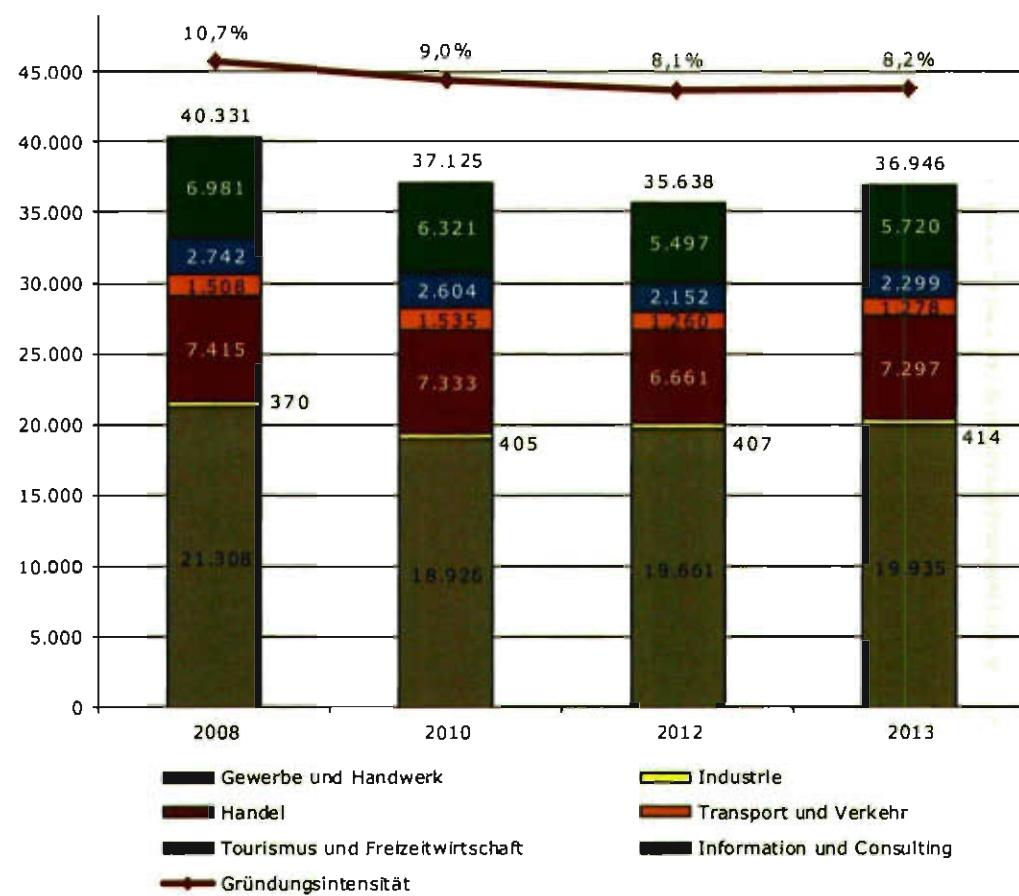
Nachfolgende Darstellungen basieren auf Daten der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich. Die Grafiken zeigen Neuzugänge an Wirtschaftskammermitgliedern insgesamt, wobei eine Differenzierung nach KMU mangels Beschäftigungsdaten nicht möglich ist. Die Daten sind zudem nicht mit der Beschäftigungsstatistik (vgl. Kapitel 1.2) vergleichbar, welche die Anzahl der Unternehmen laut Unternehmensregister ausweist und nicht die Wirtschaftskammermitglieder.

2013 wurden in der gewerblichen Wirtschaft rund 36.900 Unternehmen neu gegründet²¹, was einen Zuwachs von 5 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Gründungsintensität, d.h. der Anteil der neugegründeten Betriebe an allen aktiven Kammermitgliedern lag bei 8,2 %. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Neugründungen zuvor (zwischen 2008 und 2012) nicht zuletzt auf Grund der Wirtschaftskrise rückläufig waren. Die Zahl an Gründungen im

Jahr 2008 von rund 40.300 Unternehmen und die hohe Gründungsintensität von 10,7 % konnte seither nicht mehr erreicht werden.

Die meisten Neugründungen fanden im Gewerbe und Handwerk sowie im Handel statt.

Grafik 62 Entwicklung der Neugründungen und der Gründungsintensität¹ in der gewerblichen Wirtschaft, 2008 – 2013



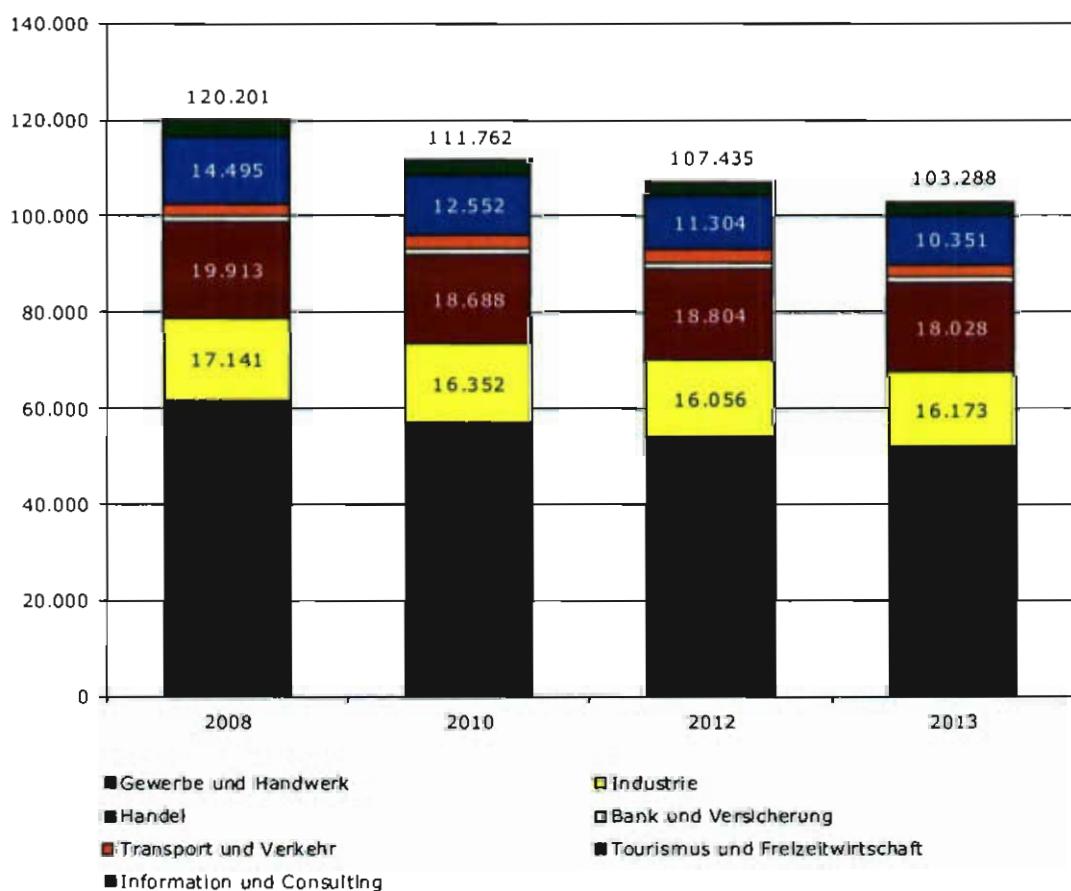
¹ Neugründungen in Prozent des Standes an aktiven Kammermitgliedern
Quelle: WKÖ, Neugründungsstatistik

7.1.5 Lehrlinge

In der gewerblichen Wirtschaft wurden im Jahr 2013 rund 103.300 Lehrlinge ausgebildet. Im Vergleich zum Vorjahr kam es zu einem Rückgang von 3,9 %. In den vergangenen Jahren sank die Zahl der Lehrlinge stetig.

Ein Großteil der Lehrlinge wird im Gewerbe und Handwerk (2013 rund 52.000) ausgebildet, gefolgt vom Handel (2013 rund 18.000) und der Industrie (2013 rund 16.200).

Grafik 63 Entwicklung Lehrlingszahlen nach Sparten in der gewerblichen Wirtschaft, 2008 - 2013



Quelle: WKÖ, Lehrlingsstatistik

7.2 Konjunkturprognosen

Nachfolgend werden neben der unter Kapitel 4.2.1 angeführten Daten die Prognosen weiterer Organisationen aufgelistet. Zu beachten ist hierbei, dass die unterschiedlichen Einschätzungen zum Teil auch durch unterschiedliche Veröffentlichungszeitpunkte zustande kommen.

Tabelle 53 Reale Veränderung des BIP, Prognosen für 2014 und 2015 für Österreich

	2014	2015
Bank Austria	0,6	1,6
Europäische Kommission	1,6	1,8
IHS	0,8	1,6
IWF	1,0	1,9
OECD	1,5	2,1
OeNB	0,9	1,5
WIFO	0,8	1,2

Veröffentlichungspunkt:
 Mai 2014: Europäische Kommission, OECD
 September 2014: Bank Austria, IHS, OeNB, WIFO
 Oktober 2014: IWF
 Quellen: Bank Austria, Europäische Kommission, IHS, IWF, OECD, OeNB, WIFO

7.3 Definitionen

Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

1. Marktorientierte Wirtschaft

Unter der marktorientierten Wirtschaft werden nach der Wirtschaftssystematik ÖNACE 2008^{1a} bzw. NACE Rev. 2 die nachfolgend dargestellten Abschnitte B bis N und S95 zusammengefasst:

- Abschnitt B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Abschnitt C: Herstellung von Waren
- Abschnitt D: Energieversorgung
- Abschnitt E: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- Abschnitt F: Bau
- Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- Abschnitt H: Verkehr und Lagerei
- Abschnitt I: Beherbergung und Gastronomie
- Abschnitt J: Information und Kommunikation
- Abschnitt K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- Abschnitt L: Grundstücks- und Wohnungswesen
- Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (z.B. Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Werbung und Marktforschung)
- Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z.B. Vermietung von beweglichen Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros)
- Abteilung S95: Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Nicht enthalten sind die Land- und Forstwirtschaft, die öffentliche Verwaltung sowie die Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

1a. ÖNACE 2008

NACE (= nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes) stellt eine Einteilung der wirtschaftlichen Tätigkeiten in ein europaweit einheitliches Schema dar. Seit 1. 1.2008 ist in der Europäischen Union die revidierte Wirtschaftstätigkeitenklassifikation NACE Rev. 2, die die NACE Rev. 1.1 abgelöst hat, anzuwenden. Die nationale Version für Österreich lautet ÖNACE 2008.

2. Unternehmen

Unter Unternehmen ist nach Definition der Statistik Austria eine rechtliche Einheit zu verstehen, welche eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren oder Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen kann eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder mehreren Standorten ausüben.

Erfasst werden von der Statistik Austria alle Unternehmen, die entweder mehr als 10.000 € Umsatz im Jahr oder mindestens einen unselbstständig Beschäftigten haben. Ein Unternehmen muss zudem in zumindest zwei der vier Verwaltungsquellen (Sozialversicherungs-, Steuerdaten, Firmenbuch und Daten der Wirtschaftskammer Österreich), die für die Berechnung verwendet werden, aufscheinen.

3. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Abgrenzungsmerkmale von KMU nach der Definition der Europäischen Kommission stellen die Anzahl der Beschäftigten und der Umsatz oder die Bilanzsumme dar.

Tabelle 54 Abgrenzungsmerkmale von KMU			
	Beschäftigte	Umsatz in Mio. €	Bilanzsumme in Mio. €
Kleinstunternehmen	9	2	2
Kleinunternehmen	49	10	10
Mittlere Unternehmen	249	50	43

Anmerkung: Die dargestellten Werte gelten seit 1. Jänner 2005 und stellen Höchstgrenzen dar.
Quelle: Europäische Kommission

Weiters muss ein KMU ein „eigenständiges“ Unternehmen sein. Darunter werden Unternehmen verstanden, bei denen es sich nicht um ein Partnerunternehmen^{3a} oder ein verbundenes Unternehmen^{3b} handelt. (Europäische Kommission (2003): Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen)

3a. Partnerunternehmen

Ein Unternehmen ist nach Definition der Europäischen Kommission ein Partnerunternehmen eines anderen Unternehmens, wenn:

- es einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an diesem anderen Unternehmen hält,
- dieses andere Unternehmen einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an dem antragstellenden Unternehmen hält,
- das antragstellende Unternehmen keinen konsolidierten Abschluss erstellt, in den dieses andere Unternehmen durch Konsolidierung einbezogen wird, und nicht durch Konsolidierung in den Abschluss dieses bzw. eines weiteren Unternehmens, das mit diesem verbunden ist, einbezogen wird.

3b. Verbundenes Unternehmen

Verbundene Unternehmen, die entweder durch mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Mehrheit ihres Kapitals oder ihrer Stimmrechte die Fähigkeit haben, einen beherrschenden Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, gehören einer Unternehmensgruppe an.

4. Beschäftigte

Die Beschäftigten umfassen nach Statistik Austria die tätigen Inhaber (auch Mitinhaber, Pächter), die mithelfenden Familienangehörigen sowie die unselbstständig Beschäftigten. Als unselbstständig Beschäftigte gelten Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Heimarbeiter.

5. Beschäftigten-Größenklassen

Die Beschäftigten-Größenklassen beziehen sich auf die Beschäftigten insgesamt (inkl. Unternehmer/-innen). Bei Unternehmen mit 0 Beschäftigten handelt es sich zum Beispiel um Holdings, denen keine Beschäftigten zugewiesen werden.

6. Ein-Personen-Unternehmen (EPU)

Zur besseren Abgrenzung von anderen Wirtschaftskonstrukten müssen EPU folgende charakteristische Merkmale aufweisen, um als solche klassifiziert werden zu können:

- selbstständige, dauerhaft auf den Markt ausgerichtete Tätigkeit
- auf Voll- oder Teilzeitbasis (d.h. auch neben einer anderen Beschäftigung), allerdings ohne Berücksichtigung jener Selbstständigen, deren jährliche Einkünfte unter dem Schwellenwert der GSVG-Pflichtversicherung liegen
- kein Mitunternehmertum
- keine dauerhaft (d.h. über einen durchgehenden Zeitraum von mindestens 5 Monaten) beschäftigten Mitarbeiter, unabhängig vom Tätigkeitsausmaß (während sporadisch Beschäftigte der EPU-Eigenschaft nicht abträglich sind)
- Tätigkeit in der Gesamtwirtschaft (ohne Berücksichtigung der Land- und Forstwirtschaft, aber unter Einbeziehung der freien Berufe und der neuen Selbstständigen)

7. Neugründungen

Nach Statistik Austria liegt eine echte Neugründung dann vor, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren - insbesondere Beschäftigung - geschaffen wird. Das Unternehmen wird sozusagen „aus dem Nichts“ aufgebaut. Zugänge zum Bestand durch z.B. Fusion, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Neugründungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Neugründung betrachtet. Wenn eine ruhende Einheit innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird, wird dies auch nicht als Neugründung gezählt. Als Jahr der Gründung wird jenes Jahr herangezogen, in dem das Unternehmen zum ersten Mal einen Umsatz über 10.000 € oder erstmals mindestens einen unselbstständig Beschäftigten hat. Wenn ein Unternehmen im Jahr der Gründung nur einen Teil des Jahres bestanden hat und im gleichen Jahr wieder geschlossen wurde, wird dieses Unternehmen im Jahr der Gründung zu den Neugründungen gezählt und im Jahr darauf zu den Unternehmensschließungen.

8. Schließungen

Die Statistik Austria spricht von einer echten Unternehmensschließung, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren wegfällt. Abgänge durch z.B. Fusion, Übernahme, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Schließungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Schließung betrachtet. Ein Unternehmen gilt erst dann als geschlossen, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert worden ist. Das Jahr der Schließung wird mit jenem Jahr festgelegt, in dem das Unternehmen letztmals über 10.000 € Umsatz erzielte, oder letztmals unselbstständig Beschäftigte hatte.

9. Insolvenz

Eine Insolvenz beschreibt nach OeNB die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens, die dann vorliegt, wenn das Unternehmen nicht nur vorübergehend (dies wäre eine Zahlungsstockung) nicht mehr in der Lage ist, seine fälligen Verbindlichkeiten zu begleichen. Bei juristischen Personen liegt auch eine Insolvenz vor, wenn eine Überschuldung gegeben ist.

Bei einer eröffneten Insolvenz handelt es sich um ein vom örtlich und sachlich zuständigen Gericht eröffnetes Insolvenzverfahren (ohne außergerichtliche Vereinbarungen und Konkursanträge). Eine Schließung des Unternehmens im Zuge eines Insolvenzverfahrens ist nicht zwangsläufig. Im Zuge eines gerichtlichen Ausgleichsverfahrens bleibt das Unternehmen im Regelfall bestehen; in einigen Fällen kommt es jedoch zu einer Unternehmensschließung.

10. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten nach Statistik Austria die Summe der im Unternehmen während des Berichtszeitraumes für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer), welche dem Verkauf und/oder der Nutzungsüberlassung von Erzeugnissen und Waren bzw. gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen nach Abzug der Erlösschmälerungen (Skonti, Kundenrabatte etc.) entsprechen.

11. Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

Die Umsatzerlöse minus der Vorleistungen ergeben die Leistung des Unternehmens. Durch Addition der Subventionen und Subtraktion der Steuern und Abgaben ergibt sich die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten.

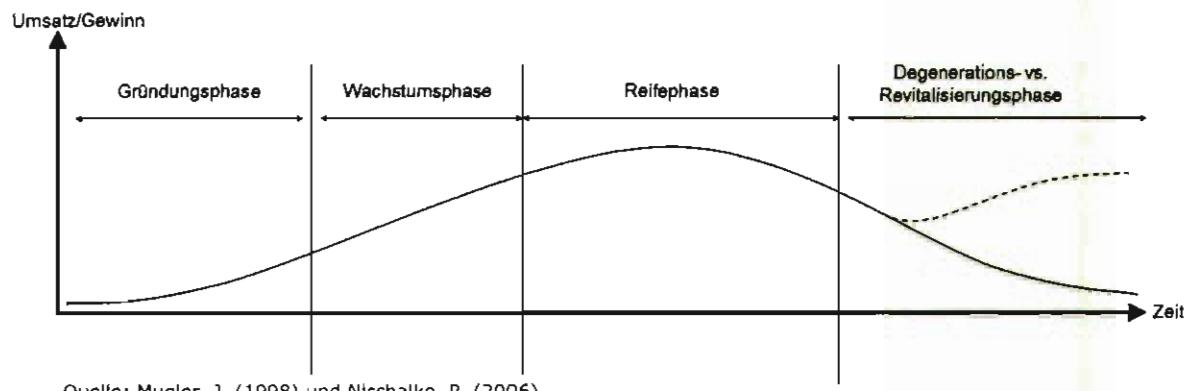
Heterogenität österreichischer KMU

12. Unternehmenslebenszyklus

Unternehmen als dynamische Organisationen verändern sich typischerweise entlang von Entwicklungspfaden im Zeitablauf. Je nach Phase, in denen sie sich befinden, weisen sie unterschiedliche Wachstumscharakteristika auf. Für die Erklärung von Unternehmensentwicklungen wird häufig die Metapher des Lebenszyklus in Anlehnung an den Lebenszyklus von Lebewesen verwendet.

Anhand von Lebenszyklusmodellen lassen sich idealtypische Wachstumsverläufe darstellen, die eine Orientierungshilfe für Unternehmen bzw. für die Analyse der Unternehmensentwicklung darstellen. Typischerweise wird der Unternehmenslebenszyklus durch vier bzw. fünf Phasen charakterisiert (vgl. Mugler, J. (1998) und Nischalke, P. (2006)):

Grafik 64 Idealtypischer Unternehmenslebenszyklus



13. Kreativwirtschaft

Unter Kreativwirtschaft werden hier jene erwerbsorientierten Unternehmen erfasst, die sich mit der Schaffung, Produktion, (medialen) Distribution von kreativen und kulturellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigen. Wesentliche Abgrenzungsmerkmale sind dabei das kreative oder kulturelle Schaffen als zentraler Input und die Erwerbsorientierung der Betriebe. Die Sektoren der Kreativwirtschaft umfassen Architektur, Design, Radio & TV, Software & Games, Verlage, Video & Film, Werbung sowie Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit.

14. Unternehmensnachfolge

Unter einer Unternehmensübergabe bzw. -nachfolge wird der Übergang des Eigentums an einem Unternehmen auf eine andere natürliche Person oder Unternehmung (Personengesellschaft oder juristische Person) verstanden, wobei das ursprüngliche Unternehmen weiterhin wirtschaftlich tätig ist.

Maßnahmen zur Förderung der KMU

15. One-Stop-Shop

Eine allgemein gültige Definition von „One-Stop-Shop“ existiert nicht. Allgemein werden darunter zentrale Anlaufstellen verstanden, an denen alle notwendigen bürokratischen Schritte, die zur Realisierung eines Vorgangs (etwa die Unternehmensgründung) erforderlich sind, erfolgen können. Dies soll zu einem geringeren administrativen Aufwand und höherer Servicequalität führen.

16. erp-Kredite

Die Erträge des erp-Fonds (erp steht für European Recovery Program bzw. „Europäisches Wiederaufbau-Programm“) werden genutzt, um Kredite zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen zu können. Der Fonds wurde 1962 eingerichtet, um die so genannten Counterpart-Mittel aus dem Marshall-Plan zur Realisierung wirtschaftlicher Investitionsvorhaben und strukturverbessernder Maßnahmen zu organisieren. Er wird seit 2002 von der aws (Austria Wirtschaftsservice GesmbH) verwaltet.

17. COSME

COSME ist das EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU. Für die Laufzeit 2014 bis 2020 umfasst das Budget von COSME 2,3 Mrd. €. Die Ziele des Programms umfassen die Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für KMU und die Schaffung eines förderlichen Umfelds für Neugründungen und Expansion von Unternehmen. Im Zentrum stehen dabei die Förderung einer Unternehmertumskultur in Europa, die Erhöhung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen sowie die Unterstützung von KMU bei der Expansion ins Ausland und Verbesserung ihres Zugangs zu Märkten.

18. HORIZON 2020

Horizon 2020 ist das EU-Programm zur Förderung von Forschung und Innovation, für welches von 2014 bis 2020 knapp 80 Mrd. € auf EU-Ebene zur Verfügung stehen. Die wichtigsten Ziele des Programms sind die Förderung exzellenter Forschung, wettbewerbsstarke Forschungs- und Unternehmensstandorte, mehr innovative Produkte und Dienstleistungen sowie ein vereinfachtes Regelwerk. Gefördert werden Grundlagenforschung ebenso wie innovative Produktentwicklung. Zu den Zielgruppen gehören Einzelforscher/-innen, Unternehmen und Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

19. Europäische KMU-Woche

Die Europäische KMU-Woche ist eine jährlich von der Europäischen Kommission veranstaltete Kampagne. Sie findet in 37 Ländern statt, damit erfahrene und angehende Unternehmer/-innen möglichst direkt angesprochen werden können. Ziel ist die Förderung von Unternehmen in ganz Europa im Einklang mit dem Small Business Act (SBA) für Europa. Es werden Informationen über die KMU-Förderung der EU sowie nationaler, regionaler und lokaler Behörden bereitgestellt. Ein weiteres Ziel ist die Anerkennung von Unternehmern für ihren Beitrag zum Gemeinwohl, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

Nationale statistische Daten

20. Gewerbliche Wirtschaft

Die gewerbliche Wirtschaft beinhaltet die sieben Sparten, welche in der Wirtschaftskammer organisiert sind:

- Gewerbe und Handwerk
- Industrie
- Handel
- Banken und Versicherungen
- Verkehr und Transport
- Tourismus und Freizeitwirtschaft
- Information und Consulting

21. Unternehmensneugründungen

In der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich wird der Zugang an Kammermitgliedern betrachtet. Bei einer Neugründung müssen zwei der drei folgenden Merkmale neu vorliegen: Firmenbezeichnung, Standort oder Branchenzugehörigkeit. Übernahmen bestehender Unternehmen gelten nur dann als Neugründungen, wenn sich der Standort oder das Tätigkeitsprofil ändert, wie z.B. Wechsel der Fachgruppenzugehörigkeit oder Ausweitung des Gewerbeumfanges. Ausgeschieden werden jene Berechtigungen, die innerhalb von 6 Monaten nach dem Meldedatum des neuen Kammermitglieds bereits wieder gelöscht wurden (sogenannte „Sternschnuppen“).

7.4 Small Business Act

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft sind dynamische, wettbewerbsfähige Unternehmen von zentraler Bedeutung. „Der Wohlstand der EU wird daher in Zukunft entscheidend davon abhängen, ob wir imstande sind, das Wachstums- und Innovationspotenzial kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) zu nutzen.“ (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

Die Europäische Kommission hat daher im Juni 2008 eine ambitionierte politische Initiative vorgestellt: Den „Small Business Act“ für Europa – Vorfahrt für KMU in Europa. Ziel dessen war und ist es, das Wohlergehen der KMU als wesentliches Element der europäischen Politik zu etablieren und die Idee, die EU im internationalen Vergleich zu einem besonders attraktiven Standort für KMU zu machen, umzusetzen.

Im Small Business Act (SBA) wurden zehn Grundsätze festgelegt, die für die Planung und Durchführung KMU-politischer Maßnahmen auf europäischer Ebene und jener der Mitgliedstaaten entscheidend sind.

Diese zehn Grundsätze, nach denen auch die Maßnahmen zur Förderung der österreichischen KMU gegliedert sind (vgl. Kapitel 5), umfassen:

- Unternehmerische Initiative: Förderung der unternehmerischen Initiative
- zweite Chance nach Insolvenz: zweite Chance nach redlichem Scheitern

- Prinzip „Vorfahrt für KMU“: Einführung des Prinzips „Think small first“
- Öffentliche Verwaltung: Schaffung elektronischer Behördendienste und zentraler Anlaufstellen („One-Stop Shop“)
- Politische Instrumente – KMU gerecht: Öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen
- Finanzierung: Erleichterung des Zugangs der KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten
- Binnenmarkt: KMU sollen ermuntert werden, verstärkt die Chancen des Binnenmarktes zu nutzen.
- Weiterqualifizierung und Innovation: Förderung der Weiterqualifizierung und aller Formen der Innovation
- Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie: Umweltprobleme sollen in Geschäftschancen für KMU umgewandelt werden.
- Internationalisierung: KMU sollen vom Wachstum der Märkte außerhalb der EU profitieren.

Diese zehn Maßnahmen stellen das Gerüst für die Planung und Durchführung politischer Maßnahmen sowohl auf europäischer als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten dar. Mit dem Beschluss des SBA im Rahmen der Tagung des Rates für „Wettbewerbsfähigkeit“ im Dezember 2008 haben sich die Mitgliedstaaten zur Umsetzung verpflichtet.

Um die Fortschritte der Reformvorhaben und damit der europaweiten KMU-Politik bewerten zu können, werden von der Europäischen Kommission regelmäßige Monitoringberichte verfasst. Das jährlich für jedes Land herausgegebene „SBA-Datenblatt“ dient als Informationsquelle zu aktuellen Bedingungen der KMU in einem Mitgliedstaat sowie der mittelfristigen Veränderung auf Basis statistischer Erhebungen.

Im Rahmen des „SBA-Datenblatts“ werden 68 Indikatoren (2014) betrachtet und dem jeweiligen Grundsatz zugeordnet. Im Rahmen der Weiterentwicklung der SBA-Datenblätter wird versucht, die Methodik zu verbessern und laufend weiterzuentwickeln. Im SBA-Datenblatt 2014 wurden etwa viele neue Indikatoren eingeführt und der Grundsatz „Prinzip Vorfahrt für KMU“ wurde 2014 erstmals auf Basis qualitativer Methoden erhoben.

Das „SBA Fact Sheet“ sieht sich mit einigen Einschränkungen konfrontiert. So gibt das „SBA Fact Sheet“ zwar Anhaltspunkte über die Situation und Entwicklung in den verschiedenen genannten Bereichen, ist jedoch kein umfassendes Monitoringinstrument für die KMU-Politik eines Mitgliedstaates, da nicht alle im SBA angeführten Maßnahmen erfasst werden können. Nachteile des „SBA Fact Sheet“ sind zudem die Vernachlässigung einiger Bereiche, wie etwa makroökonomischer Implikationen oder der Infrastruktur, mit direktem oder indirektem Einfluss auf die europäischen KMU.

Die zeitliche Verzögerung von teilweise zwei bis drei Jahren, mit der die statistischen Daten, welche die Grundlage der Vergleiche bilden, vorliegen, wirkt sich zudem nachteilig aus. Dieser Timelag lässt sich mit der Dauer der Erhebung der Daten auf Ebene der Mitgliedstaaten bzw. durch europaweite Befragungen und allenfalls notwendige Harmonisierungen erklären.

Ein weiteres Problem, das sich bei Zeitvergleichen zeigt, betrifft die Inkonsistenz der Zeitreihen: Obwohl davon ausgegangen wird, dass strukturelle Indikatoren sich eher langsam als abrupt verändern und damit nur eine kontinuierliche Änderung der Position der Mitgliedstaaten zu erwarten ist, zeigt sich in der Praxis, dass es zu starken Schwankungen im Ranking der Länder im Zeitvergleich kommen kann.

7.5 Übersicht der erfassten Maßnahmen

Maßnahme	SBA Grundsatz
Entrepreneurship an österreichischen Universitäten	1. Unternehmerische Initiative
Entrepreneurship und Intrapreneurship Education an Berufsbildenden Schulen	1. Unternehmerische Initiative
Österreichische Jugendstrategie	1. Unternehmerische Initiative
Entrepreneurial Skills Pass	1. Unternehmerische Initiative
Betriebsanlagenrecht – Erleichterung bei Betriebsübernahmen	1. Unternehmerische Initiative
ÜbernehmerInitiative	1. Unternehmerische Initiative
KMU-Bonitätsrechner	1. Unternehmerische Initiative
FührungsKräfteprogramm Zukunft.Frauen	1. Unternehmerische Initiative
Der Mikrokredit	1. Unternehmerische Initiative
Unterstützungsleistungen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit für Menschen mit Behinderung	1. Unternehmerische Initiative
Gemeinsames SBA-Begleitprogramm	1. Unternehmerische Initiative
„EureProjekte“	1. Unternehmerische Initiative
Online-Ratgeber „KMU Unternehmenswert“	1. Unternehmerische Initiative
Webinare für EPU	1. Unternehmerische Initiative
Insolvenzrechtsänderungsgesetz (IRÄG)	2. Zweite Chance
KMU-Stresstest	2. Zweite Chance
Abschaffung der formalen Ausschlusskriterien von gescheiterten Unternehmer/-innen für neue Förderzusagen	2. Zweite Chance
Deregulierungsmaßnahmen – gewerbliche Betriebsanlagen	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
KMU-Test	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
GmbH-Novelle	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
Prinzip „Vorfahrt für KMU“ im Rechnungslegungsrecht	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
aws -Fördermanager	4. Öffentliche Verwaltung
Apps für Gründer/-innen und Jungunternehmer/-innen	4. Öffentliche Verwaltung
Open Government Data Portal	4. Öffentliche Verwaltung
Entlastung im Statistikbereich	4. Öffentliche Verwaltung
Unternehmensserviceportal - USP	4. Öffentliche Verwaltung
E-Rechnung an den Bund	4. Öffentliche Verwaltung
GewerbeInformationsSystem Austria (GISA)	4. Öffentliche Verwaltung
Innovationsfördernde Öffentliche Beschaffung (IÖB) – IÖB-Servicestelle	5. Politische Instrumente – KMU gerecht

Maßnahme	SBA Grundsatz
Beschaffungshandbuch	5. Politische Instrumente – KMU gerecht
Unterstützung von KMU in neuen EU-Vergabерichtlinien	5. Politische Instrumente – KMU gerecht
Zuschüsse der aws für KMU und Gründungen	6. Finanzierung
Zuschussförderung für Kapitalmarktprospekte	6. Finanzierung
Garantien der aws für KMU und Gründungen	6. Finanzierung
aws Gründerfonds	6. Finanzierung
aws Business Angel Fonds	6. Finanzierung
ÖHT-Tourismusförderung 2011-2013	6. Finanzierung
Erhöhung der Prospektflichtschwelle für Crowd-funding	6. Finanzierung
aws Programm 2014 bis 2016	6. Finanzierung
Umwidmung des Haftungsrahmens der ÖHT	6. Finanzierung
Neuausrichtung der Tourismusförderung	6. Finanzierung
meinNormenPaket des ASI	7. Binnenmarkt
Refundierung des Teilnahmebeitrags in ASI-Normungsgremien	7. Binnenmarkt
Online-Kommentierung Normprojekte	7. Binnenmarkt
Erweiterung meinNormenPaket des ASI	7. Binnenmarkt
Einrichtung einer Schlichtungsstelle beim ASI	7. Binnenmarkt
KMU Paket der FFG	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Markt.Start – Markt- und Firmenaufbau	8. Weiterqualifizierung und Innovation
KLIPHA – Klinische Studien für KMU	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Kooperationsbonus	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Phönix	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Webshopoffensive und Website-Check	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Veranstaltungsreihe „Unternehmen Dirigieren – Die Kunst erfolgreicher Unternehmensführung“	8. Weiterqualifizierung und Innovation
KMU-Leitfaden - Nachhaltigkeitsbericht	9. Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie
Förderoffensive für die thermische Sanierung	9. Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie
go-international	10. Internationalisierung
aws tec4market	10. Internationalisierung

7.6 Quellen und Datenverzeichnis

- BMWFW, BMVIT (2014): Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2014. Wien: BMWFW, BMVIT.
- Bachmann, E. et al. (2014): 12. Kreditbericht: Entwicklung der Kredite des österreichischen Bankensystems an den Unternehmenssektor. Wien: OeNB.
- Bodenmann, B. (2006): Lebenszyklusmodelle für Unternehmen in der Raumplanung. Arbeitsbericht Verkehrs- und Raumplanung 393. Zürich: Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme/ETH Zürich.
- creativ wirtschaft austria (2010): Vierter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht – Studienfassung. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der creativwirtschaft austria der WKÖ mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend.
- creativ wirtschaft austria (2013): Fünfter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht. Schwerpunkt Kreativwirtschaft als regionaler Faktor. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der creativwirtschaft austria der WKÖ mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend.
- creativ wirtschaft austria (2015): Sechster Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der creativwirtschaft austria der WKÖ mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.
- Dörflinger, C. et al. (2013): Wandel zum aktiven Unternehmertum. Zielgruppenspezifische Analyse der WKÖ-Mitglieder. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.
- DIN (2014): Progress Report with regard to the "Standardization Package" – European Standardization, A Successul Model of Public-Private Partnership. Berlin: Din e.V.
- Ebner, C. (2013): Erfolgreich in den Arbeitsmarkt? Die duale Berufsausbildung im internationalen Vergleich. Frankfurt: Campus.
- Eppel, R./Mahringer, H. / Weber, A. / Zulehner, C. (2011): Evaluierung der Eingliederungsbeihilfe. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Europäische Kommission (2003): Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen, Amtsblatt der europäischen Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2011): Überprüfung des „Small Business Act“ für Europa. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2013): Aktionsplan Unternehmertum 2020 – Den Unternehmergeist in Europa neu entfachen. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2014a): Innovation Union Scoreboard 2014. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich. Brüssel: Europäische Kommission.

Gittenberger, E./Vogl, B. (2014): Internet-Einzelhandel 2014. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich – Bundessparte Handel und des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

Lindner, B./Hölzl, K. (2013): A Survey of SME Accounting and Reporting Practices in Austria. Wien: Centre for Financial Reporting Reform Europe and Central Asia Region - The World Bank; KMU Forschung Austria.

Mandl, I. et al. (2008): Unternehmensübergaben und -nachfolgen in kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) der Gewerblichen Wirtschaft Österreichs. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie der Wirtschaftskammer Österreich – Gründer-Service.

Mugler, J. (1998): Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe. Bank 1. Wien: Springer.

Nischalke, P. (2006): Die Organisation wachsender Unternehmen: Eine Entwicklung idealtypischer Gestaltungsalternativen auf system- und kontingenztheoretischer Basis. Schriften zur Organisation und Information, 8, Handelshochschule Leipzig.

- Schmalzer, T. et al. (2013): Global Entrepreneurship Monitor 2012. Bericht zur Lage des Unternehmertums in Österreich. Graz: FH Joanneum Gesellschaft mbH.
- WIFO (2014): Prognose für 2014 und 2015: Internationale Nachfrage für exportgetriebenen Aufschwung zu gering. Wien: WIFO.
- Zinell, W. et al. (2014): Unternehmensübergaben und -nachfolgen in Österreich. Status quo: Aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungen. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie der Wirtschaftskammer Österreich - Gründer Service.

7.7 Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemeine Höhere Schule
AMS	Arbeitsmarktservice
AWS	Austria Wirtschaftsservice GmbH
BBG	Bundesbeschaffungsgesellschaft
BGBI	Bundesgesetzblatt
BHS	Berufsbildende Höhere Schule
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLS	Bank Lending Survey
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Frauen
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMFJ	Bundesministerium für Familie und Jugend
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMS	Berufsbildende Mittlere Schule
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWFW	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
BRICS-Staaten	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
BVergG	Bundesvergabegesetz
CIP	Competitiveness and Innovation Framework Programme
CSR	Corporate Social Responsibility
CWA	creativ wirtschaft austria
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EK	Europäische Kommission
EMMI	European Money Markets Institute
EPU	Ein-Personen-Unternehmen
erp	European Recovery Program
ESI	Economic Sentiment Indicator
EU	Europäische Union
Euribor	Euro Interbank Offered Rate
EZB	Europäische Zentralbank
FFG	Forschungsförderungsgesellschaft
FuE	Forschung und Entwicklung
GEM	Global Entrepreneurship Monitor
GISA	Gewerbeinformationsystem
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz
IÖB	Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung
IHS	Institut für Höhere Studien

IRÄG	Insolvenzrechtsänderungsgesetz
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KSV1870	Kreditschutzverband von 1870
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
ÖHT	Österreichische Hotel- und Tourismusbank GmbH
respACT	Austrian Business Council for Sustainable Development
RSI	Risk Sharing Instrumente
SAFE	Survey on the access to finance of enterprises
SBA	Small Business Act
USP	Unternehmensserviceportal
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WKO	Wirtschaftskammer Österreich
WKÖ	Wirtschaftskammern Österreichs
WKW	Wirtschaftskammer Wien

**BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND WIRTSCHAFT**

1010 Wien | Stubenring 1 | www.bmwf.at